

„Relevante Beschlüsse für die Klimaneutrale Stadtverwaltung“

[Relevante Beschlüsse für die Klimaneutrale Stadtverwaltung](#) (Intranet!)

1. Gesamtstädtische Zielsetzung

1.1. Treibhausgasreduktion und Energieeinsparung

[Masterplan 100% Klimaschutz: Drs. 0985/2017](#)

[Climate Emergency: Drs. 0443/2019](#)

Klimaschutz wird als ständiger Handlungsauftrag der Verwaltung über das Jahr 2020 hinaus auf der Grundlage der Klimaschutzstrategie Masterplan 100 % Klimaschutz als Leitlinie für das weitere klimaschutzbezogene Handeln mit folgenden klimapolitischen Zielen für das Jahr 2050 fortgeführt:

- Reduzierung des Endenergiebedarfs um 50 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990
- Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990

Die Maßnahmen des Masterplan 100% Klimaschutz wollen wir weiterhin zügig umsetzen. [...] Daher werden wir prüfen, wie wir unser Ziel, klimaneutral zu werden, früher erreichen können. [...] Bei allen Handlungen und Beschlüssen der Landeshauptstadt Kiel und der Selbstverwaltung werden wir die Auswirkung auf das Klima berücksichtigen. Ziel ist es, bei allen Maßnahmen die Auswirkung auf das Klima so gering wie möglich zu halten beziehungsweise Maßnahmen mit höherer Klimafreundlichkeit zu fördern. Diesen Grundsatz werden wir auf die städtischen Beteiligungen übertragen.

1.2. Vorreiterrolle einnehmen und Beispiele geben

[Masterplan 100% Klimaschutz: Drs. 0985/2017](#)

Die Landeshauptstadt Kiel bestärkt ihre Vorreiterrolle im kommunalen Klimaschutz, um auch anderen lokalen Akteuren als positives Beispiel zu dienen, und beschließt für den eigenen Handlungsbereich bis zum Jahr 2020 folgende Ziele:

- Reduzierung des Endenergiebedarfs um 14 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990
- Reduzierung der CO₂-Emissionen um 49 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990

Politik und Verwaltung werden darauf hinwirken, dass auch die städtischen Gesellschaften die Umsetzung der Klimaschutzstrategie und die definierten Ziele unterstützen.

1.3. Solarstadt Kiel

[Solarstadt Kiel - Kampagne zum Ausbau erneuerbarer Energie in Kiel: Drs. 0123/2021](#)

[Zur Erreichung der Klimaschutzziele] ist ein umfassender Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem Kieler Stadtgebiet notwendig. Vor allem Dächer bieten ein hohes Potenzial für Solarenergie – sei es Photovoltaik (PV) oder Solarthermie. Ziel soll es sein, [...] das im Masterplan Klimaschutz 100 Prozent formulierte Teilziel zum Ausbau des Solarstroms zu beschleunigen und den Anteil von derzeit 14 Megawatt (Stand 2020) möglichst bis 2035 auf 50 MW zu erhöhen. Für das Jahr 2050 ist eine Verdoppelung auf 100 MW anzustreben.

2. Quartiers- und Stadtteilebene

2.1. Bauleitplanung und Stadtentwicklung

[Climate Emergency: Drs. 1135/2019](#)

Bei Baugebieten mit Planerfordernis nach § 1 (3) BauGB außerhalb des Kieler Fernwärmeversorgungsgebietes muss die Erstellung eines Energieversorgungskonzepts (inklusive Energie- und Klimabilanz sowie ökonomische Bewertung der Varianten) erfolgen. Zentrale Punkte eines Energieversorgungskonzepts:

- Ermittlung der zukünftigen Gebäudeenergiebedarfe und gegebenenfalls Prozesswärme (drei Varianten)
- Prognostizierte Strombedarf (Haushaltsstrom beziehungsweise Prozessenergie, Elektromobilität, gegebenenfalls Hilfsenergie für Wärmepumpen etc.)
- Ermittlung der lokalen Potenziale für erneuerbare Energien (Solarthermie, Photovoltaik, Umweltwärme inklusive Agrothermie, Abwasser etc.) gegebenenfalls mit Verschattungsstudie
- Prüfung von zentralen und dezentralen Versorgungsvarianten auf Basis 100 % erneuerbarer Energien (Biomasse, Umweltwärme, Solar etc.) gegebenenfalls Fernwärmeanschluss als Kostenvergleich
- Energie- und Klimabilanz nach BSKO-Standard

- Ökonomische Bewertung der Versorgungsvarianten (unter Einbeziehung CO₂-Preis)
- Handlungsempfehlungen für klimagerechte Energieversorgung (inklusive Empfehlungen zu Festsetzungen und vertraglichen Vereinbarungen)

Eine Versorgung ohne Einsatz von regenerativen Energien kann nur in begründeten Einzelfällen erfolgen.

2.2. Aufstellung eines kommunalen Wärme- und Kälteplans

Aufstellung eines kommunalen Wärme- und Kälteplans: Drs. 0583/2022

Die Verwaltung wird beauftragt, ab 2023 gemäß der Verpflichtung aus § 7 des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes Schleswig-Holstein (EWKG SH) einen kommunalen Wärme- und Kälteplan für eine treibhausgasneutrale Wärme- und Kälteversorgung in der Landeshauptstadt Kiel aufzustellen. Die Erstellung einer treibhausgasneutralen Wärme- und Kälteversorgungsstruktur für die Landeshauptstadt soll auf Grundlage des Masterplan 100% Klimaschutz erfolgen, unter Beachtung des Klimaschutzziels des Landes Schleswig-Holstein ist die Klimaneutralität spätestens bis zum Jahr 2040 zu erreichen.

Der Wärme- und Kälteplan soll als strategische Grundlage der Landeshauptstadt Kiel auf ihrem Weg zur treibhausgasneutralen Wärme- und Kälteversorgung dienen und bei allen Planungen und städtebaulichen Entwicklungen beachtet werden.

2.3. Verkauf und Verpachtung von städtischen Grundstücken

Drs. 0706/2010

Bei Verkauf und Verpachtung von städtischen Grundstücken sind die Kieler Energiestandards einzuhalten (s.u.)

Drs. 1135/2019

Bei Verkauf von städtischen Grundflächen, die nicht an die Fernwärme angeschlossen sind, soll eine Versorgung aus regenerativen Energien geprüft werden (Bei Investorengesprächen Beratung durch das Umweltschutzamt).

Drs. 1135/2019

Bei Verkauf und Verpachtung von städtischen Grundstücken ist für den Einsatz von Photovoltaiktechnologie zu werben.

Drs. 0667/2021

Drs. 0776/2021

Bei der Vergabe von gewerblichen Grundstücken, die von der KiWi vergeben oder veräußert werden, sollen Dachbegrünungen realisiert werden.

Drs. 0667/2021

Drs. 0776/2021

Bei der Vergabe von Wohnbaugrundstücken mit Ausnahme des Einfamilienhausbereichs kann eine Dachbegrünung im Rahmen von Vertragsverhandlungen berücksichtigt werden.

2.4. Energetische Quartierskonzepte

Climate Emergency: Drs. 1135/2019

Die Instrumente der Energetischen Stadtentwicklung (KfW-Programm 432) sollen noch intensiver genutzt werden. Quartiere mit folgenden Charakteristika bieten sich für die Auswahl als Energiequartier an:

- bestehende oder in Vorbereitung befindliche Stadtumbau- oder Sanierungsgebieten
- relativ alte Bestandsgebäuden, erheblicher Modernisierungsstau und schlechter energetischer Zustand (Revitalisierungsbedarf)
- hohe (u.a. nebenkostengetriebene) Leerstände, die eine Notwendigkeit zur Attraktivitätssteigerung nach sich ziehen
- erforderliche Umgestaltung der Energieversorgung
- Eignung für Ausbau oder die Nachverdichtung des Kieler Fernwärmenetzes bzw. eines neuen Nahwärmenetzes (Wärmedichte, Sichtungsdichte etc.)
- geplante Neubauten oder der großflächigen Umgestaltung eines Quartiers
- größere Sanierungsvorhaben
- Großwohnsiedlungen mit einheitlicher Bebauung (d. h. wenig diversifizierte Gebäudetypen)
- Altbaubestände als prägende Elemente innerstädtischer Wohnquartiere

- homogene Eigentümerstruktur oder großen institutionellen Eigentümern
- bevorstehende Generationenwechsel der Eigentümer (v. a. Einfamilienhausgebiete)
- Spezifische Fragestellungen mit indirektem Bezug zu Gebäudesanierung / Energieversorgung (z. B. Strom-Infrastruktur, Elektromobilität)

2.5. Prüfung von Freiflächen für die Nutzung zur Erzeugung erneuerbarer Energien

Climate Emergency: Drs. 1135/2019

Es wird beschlossen, dass das Umweltschutzamt für die Suche von Freiflächen, die sich kurzfristig für die Nutzung zur Erzeugung erneuerbarer Energien eignen, Gespräche mit Eigentümern bzw. -verwaltern potentieller Flächen, z. B. die Kieler Wirtschaftsförderung, der Seehafen Kiel, dem Tiefbauamt, Abteilung Stadtentwässerung initiiert und für private Initiative wirbt.

2.6. Photovoltaikpflicht für Gewerbeimmobilien

Solarstadt Kiel: Drs. 0123/2021

Bei neu zu errichtenden Gewerbeimmobilien sollen über die zugehörigen Grundstückskaufverträge, Erschließungsverträge, städtebaulichen Verträge, Durchführungsverträge, Wettbewerbe und Bebauungs-Pläne [...] PV-Anlagen auf den Dächern verpflichtend werden.

3. Neubau und Sanierung von Gebäuden

3.1. Einhaltung der Kieler Energiestandards

Drs. 0706/2010

Bei sämtlichen Planungen, Bauungen oder Sanierungen müssen die Kieler Energiestandards eingehalten werden.

Die Standards gelten auch für Dritte (s.u.) und werden soweit möglich im Rahmen von Grundstückskaufverträgen, Erschließungsverträgen, städtebaulichen Verträgen, Durchführungsverträgen zu Vorhaben- und Erschließungsplänen sowie bei Wettbewerben vorgeschrieben bzw. verbindlich vereinbart. Ihre Einhaltung muss anschließend überprüft werden.

- Grenzwerte für den Primärenergiebedarf (45 % unter EnEV-Anforderung bei Neubauten und entsprechend der EnEV-Neubau-Anforderungen bei Gesamtsanierungen)
- Mindestanforderungen für die U-Werte verschiedener Gebäudeteile (Maß für den Wärmedurchgang zum Beispiel einer Wand) und Dämmstoffstärken
- Maßnahmen für sommerlichen Wärmeschutz
- Effiziente Lüftungstechnik
- Einsatz regenerativer Energien und / oder Kraft-Wärme-Kopplung bei der Wärmeversorgung
- Luftdichtheit

Mit dem Beschluss zum Climate Emergency werden die folgenden zusätzlichen Anforderungen an Bauvorhaben gestellt:

- Bei Bauvorhaben außerhalb des Fernwärmeversorgungsgebietes müssen Wärmeversorgungskonzepte auf Basis regenerativer Energieträger geprüft werden.
- Bei privaten Bauträgern soll dafür geworben werden, zukünftig auf allen dafür geeigneten Dächern Solaranlagen zu errichten – nach Möglichkeit in Kombination mit extensiven Gründächern, als sogenannte Solargründächer.

Weitere Informationen sowie die U-Wert-Tabelle

unter: https://www.kiel.de/de/umwelt_verkehr/klimaschutz/verwaltung/kieler_energiestandards.php

3.2. Steigerung der Sanierungsrate der städtischen Liegenschaften

Masterplan 100% Klimaschutz: Drs. 0985/2017

In den Jahren 2012- 2016 hat die Immobilienwirtschaft jährlich ca. 5.500 m² Nettogrundfläche energetisch saniert und dafür im Mittel ca. 6,6 Mio. Euro jährlich aufgewendet. Dieses entspricht einer Sanierungsrate von knapp 1,0 % bei einem Portfolio von ca. 550.000 m² relevanter Sanierungsfläche im Gebäudebestand.

Gegenüber dem gesteckten Ziel von einer Sanierungsrate von 1,8 % verbleibt ein Delta von mindestens 0,8 %. Bei Sanierungskosten von ca. 1.200 Euro/ m² entsteht für die Jahren 2018, 2019 und 2020 jeweils ein zusätzlicher finanzieller Bedarf von ca. 5,3 Mio. Euro/ Jahr für die angestrebten zusätzlichen energetischen Sanierungen.

Derzeit verfügt die Immobilienwirtschaft über die finanziellen und personellen Ressourcen, um in den Jahren 2018, 2019 und 2020 eine Sanierungsrate von ca. 1,0 % umzusetzen. Die energetische Sanierungsrate von ca. 1,8 % ist daher grundsätzlich nur mit einer finanziellen und personellen Mehrausstattung in oben genannter Größenordnung möglich.

3.3. Regenerative Energieversorgung außerhalb des Fernwärmeversorgungsgebietes

[Climate Emergency, Drs. 1135/2019](#)
[Drs. 0706/2010](#)

Ab sofort [ist] bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen von städtischen Liegenschaften, bei denen ein Anschluss an die Kieler Fernwärmeversorgung nicht möglich ist, eine Wärmeversorgung durch regenerative Energie obligatorisch [zu prüfen].

Sollte die Prüfung zu Ungunsten einer klimaverträglichen Energieversorgung ausfallen, ist dies zu begründen. Kann die 100%ige Versorgung eines Objektes oder Standortes nicht erfüllt werden, so bleibt die Forderung gemäß dem Energetischen Mindeststandard für Gebäude der Landeshauptstadt Kiel (EnEV 2009; Drs. 0706/2010) bestehen (s. dazu Kompensationsmodell), dass Ausgleichsmaßnahmen anzustreben sind, so dass rechnerisch im Wesentlichen die 100-%-Versorgung mit regenerativen Energien nachgewiesen werden kann.

3.4. Photovoltaik-Pflicht

[Climate Emergency: Drs. 1135/2019](#)

Auf allen dafür geeigneten Dächern bestehender sowie neu zu errichtender städtischer Liegenschaften sollen Solarstromanlagen installiert werden, wobei die Dachflächen mit der maximal möglichen Anzahl von PV-Modulen zu belegen sind. Als bauliche und planerische Voraussetzung für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern städtischer Gebäude sind die mit der Konkretisierung und Weiterentwicklung des Ratsbeschlusses 0706/2010 vom 17.02.2011 zur Neuausrichtung des städtischen Energiemanagements am 17.01.2013 beschlossenen Empfehlungen zu beachten, wonach städtische Dachflächen bei Neubau oder Sanierung grundsätzlich so herzustellen sind, dass eine Nutzung von Photovoltaik-Anlagen möglich ist. Es ist darauf zu achten, möglichst schadstoffarme PV-Anlagen zu nutzen.

3.5. Gründächer

[Gründachprogramm für Kiel: Drs. 0667/2021](#)
[Gründachprogramm für Kiel: Drs. 0776/2021](#)
[Gründachprogramm für Kiel: Drs. 0575/2021](#)
[Climate Emergency: Drs. 0901/2019](#)
[Climate Emergency: Drs. 1135/2019](#)

Beim Neubau und bei Sanierungen städtischer Gebäude ist die Errichtung eines Gründaches in Zusammenhang mit dem Climate-Emergency-Beschluss (Drs. 0901/2019; Drs. 1135/2019) und der damit vorgesehenen Dachnutzung für PV-Anlagen zu sehen. Danach kommen für eine reine Dachbegrünung vorrangig die Flächen in Frage, die für eine Nutzung solarer Energiegewinnung (PV) nicht geeignet sind. Bei den für die PV-Nutzung geeigneten Dächern wird im Neubau eine Kombination mit einer Dachbegrünung angestrebt, bei Sanierungen ist eine solche auf Machbarkeit zu prüfen.

3.6. Leuchtturmprojekte

[Climate Emergency: Drs. 1135/2019](#)

Es wird beschlossen, dass die Landeshauptstadt Kiel Masterplan 100 % Klimaschutz-Leuchtturmprojekte (95 % Treibhausgas-Reduktion und 50 % Endenergieeinsparung) initiiert und fördert.

3.7. Kompensationsmodell

[Drs. 0706/2010](#)

Verbrauchszuwächse, die durch Ausweitungen oder Änderungen der Gebäudenutzung einer städtischen Einrichtung verursacht werden (Ganztagesangebote, Mittagsverköstigung, Digitalisierung von Büros und Klassen, usw.) und zu einer erhöhten CO₂-Emission führen, sind zu vermeiden.

Unvermeidbare Verbrauchszuwächse sind vorrangig durch Einsparungen an anderer Stelle der betroffenen Einrichtung auszugleichen. Bei baulichen Maßnahmen ist der Ausgleich einzuplanen.

Ist eine Kompensation nicht möglich, kann der Ausgleich ausnahmsweise erfolgen:

- durch Maßnahmen der Stadt oder ihrer Eigenbetriebe zur Erzeugung regenerativer Energien (z. B. durch den Ausbau solarenergetischer Anlagen zur Gewinnung von Strom und/oder Wärme),
- durch Beteiligung an Maßnahmen Dritter in oder außerhalb des Stadtgebiets.

Jedes Bau- oder Ausstattungsvorhaben über 100.000 € ist hinsichtlich seines Nutzenergiebedarfs bereits vor seiner Einstellung in den jeweiligen Haushaltsentwurf im Moment der verbindlichen Bedarfsdefinition (z. B. Raumprogrammbeschluss) zu bewerten und mit jährlichen Schätzkosten sowie dem CO₂-Ausstoß zu kennzeichnen. In der Regel soll die verbrauchserhöhende Maßnahme nur dann umgesetzt werden, wenn gleichzeitig eine Kompensation erfolgt. Mehrkosten sind bei der Maßnahme zu berücksichtigen.

3.8. Energetischer Mindeststandard für Gebäude Landeshauptstadt Kiel (Gebäudeenergiegesetz 2021)

[Ratsbeschluss vom 17.02.2011, Drs. 0706/2010](#)

[Download Energetischer Mindeststandard für Gebäude Landeshauptstadt Kiel \(Gebäudeenergiegesetz 2021\) \(PDF\)](#)

3.9. Checkliste Kieler Energiestandards und Beschlüsse für Neubau und Sanierung

Die folgende Checkliste fasst die Anforderungen aus den Kieler Energiestandards, dem Climate Emergency und weiteren Beschlüsse für Neubau, Gesamtsanierung und Teilsanierung zusammen.

[230404 rz-checkliste_energiestandards_neubau-23.pdf](#)

4. Gebäudeausstattung und technische Ausrüstung

4.1. Beleuchtung

[Climate Emergency: Drs. 1135/2019](#)

Es wird beschlossen, dass bei Neubauprojekten und Beleuchtungssanierungen zukünftig grundsätzlich die energiesparendste Beleuchtungs-Technologie (derzeit LED) eingesetzt wird. Sollte von diesem Grundsatz abgewichen werden, ist dies zu begründen.

4.2. Elektrogeräte, Kommunikations- und Informationstechnologie

[Climate Emergency Drs. 1135/2019](#)

Es wird beschlossen, dass insbesondere bei der Beschaffung [...] zwei Anforderungen angewendet werden: das höchste Leistungsniveau der Energieeffizienz und soweit vorhanden die höchste Energieeffizienzklasse im Sinne der Energieverbrauchskennzeichnung.

Dies gilt z.B. für Küchengeräte insbesondere Kühl- und Gefriergeräte, Pumpen, Lüfter und Lüftungsanlagen, Smartboards, Container etc.

4.3. Reduzierung des Stromverbrauchs in Rechenzentren und Serverräumen

[Climate Emergency: Drs. 1135/2019](#)

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht über alle Serverräume und Rechenzentren zu erstellen, die sich in Liegenschaften und Eigenbetrieben der Landeshauptstadt Kiel befinden. Die für den Betrieb der Serverräume zuständigen Einrichtungen sind verpflichtet, die Energieeffizienz der Serverräume und Rechenzentren mit einem Serverraum-Check nach dem Vorbild des vom Umweltschutzamt der Landeshauptstadt Kiel durchgeführten Pilotprojektes Green-IT-Rechenzentren in der Kiel-Region überprüfen zu lassen bzw. vorhandene Serverraum-Checks zu aktualisieren. Die im Serverraum-Check vorgeschlagenen rentierlichen Maßnahmen sind zeitnah umzusetzen. Wenn Maßnahmen nicht umgesetzt werden können, ist dies zu begründen. Die Verwaltung wird beauftragt, über die durchgeführten Maßnahmen zu berichten. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die positiven Haushaltsauswirkungen noch nicht konkret abschätzbar.

4.4. Verzicht auf Tropenholz

[Beschluss der Ratsversammlung vom 31.08.1989 und Kieler Energie- und Klimaschutzkonzept 2008: Drs. 0369/2008](#)

5. Beschaffung

5.1. Beschaffung von Elektrogeräten, Kommunikations- und Informationstechnologie

Climate Emergency: Drs. 1135/2019

Es wird beschlossen, dass insbesondere bei der Beschaffung [...] zwei Anforderungen angewendet werden: das höchste Leistungsniveau der Energieeffizienz und soweit vorhanden die höchste Energieeffizienzklasse im Sinne der Energieverbrauchskennzeichnung.

Dies gilt z.B. für Küchengeräte insbesondere Kühl- und Gefriergeräte, Pumpen, Lüfter und Lüftungsanlagen, Smartboards, Container etc.

5.2. Beschaffung von Fahrzeugen

Climate Emergency: Drs. 1135/2019

Ziel ist die Umstellung des gesamten kommunalen Fuhrparks auf E-Mobilität bzw. Wasserstoff sowie die Optimierung des Fahrzeugeinsatzes.

Es wird daher beschlossen, dass ab sofort grundsätzlich nur noch kleine E-PKW zur reinen Personenbeförderung für den städtischen Fuhrpark beschafft werden. Vom Grundsatz einer Elektro- oder Wasserstofffahrzeug-Beschaffung kann nur durch eine technisch eindeutige Begründung abgewichen werden. Generell ist der energieeffizienteste Standard einzusetzen.

Bei der zukünftigen Mittelanmeldung ist die Fuhrparkleitung im Rahmen der Haushaltsplanung mit einzubeziehen (vgl. dazu auch Geschäftsanweisung Fahrzeuge).

5.3. Kiel wird Fairtrade-Stadt

Kiel wird Fairtrade-Stadt: Drs. 0794/2012

Mit diesem Beschluss hat sich die Stadt dazu bekannt, fairtrade Stadt zu werden. Seit der Zertifizierung im Jahr 2013 verwendet die Stadtverwaltung dauerhaft mindestens zwei faire Produkte, nämlich Kaffee und Tee. Auch bei der Beschaffung weiterer Produkte wird auf das Fairtrade-Zertifikat geachtet.

5.4. Beschaffung fairer Sportgeräte

Drs. 1056/2019

Mit der Fairtrade-Rezertifizierung im Jahr 2019 forderte der Ausschuss für Schule und Sport die Kieler Schulen auf, im Rahmen ihrer Budgetierung nur noch fair produzierte Sportgeräte zu beschaffen.

5.5. Beschluss „Faire und nachhaltige Beschaffung sicherstellen“

Faire und nachhaltige Beschaffung sicherstellen: Drs. 0701/2021

Drs. 0623/2021

Als Reaktion auf den Sachstandsbericht zur nachhaltigen Beschaffung (Drs. 0623/2021) und auf die Beschaffungsziele der Landeshauptstadt Kiel aus anderen Konzepten wie dem Masterplan 100 % Klimaschutz wurde im September 2021 eine Koordinierungsstelle in der Stadtverwaltung gefordert.

Diese soll die Umsetzung von Maßnahmen, vernetzen zum Thema nachhaltige und faire Beschaffung und die Ergebnisse dokumentieren.

6. Zuwendungen an Dritte

6.1. Gewährung von Zuwendungen an außerhalb der Stadtverwaltung

Drs. 0534/2021

Zuwendungsrichtlinie im Intranet (PDF)

Gemäß der Zuwendungsrichtlinie der Landeshauptstadt Kiel über die Gewährung von Zuwendungen an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen oder Personen, sind bei der Gewährung von Zuwendungen folgende Grundsätze zu beachten:

- Zuwendungen im Sinne dieser Richtlinie stehen im Einklang mit den Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030). Dies gilt insbesondere für die Klimaschutz- und Zero Waste-Strategie sowie die strategischen und sozialen Ziele der Landeshauptstadt Kiel.

- Bei der Bewilligung einer Zuwendung ist der Grundsatz wirtschaftlichen und sparsamen Handelns unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes zu beachten.
- Zuwendungsfähig sind nur solche Aufwendungen, die nach Art und Umfang und unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zur Erreichung des Zuwendungszwecks notwendig sind. Das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens und des Ressourcenschutzes ist zu beachten.

Der Zuwendungsbescheid bzw. der Zuwendungsvertrag muss unter anderem folgende Regelungen enthalten:

- den Hinweis, dass die Regelungen zur nachhaltigen Entwicklung der Landeshauptstadt Kiel, insbesondere die Klimaschutz- und Zero-Waste-Strategien zu beachten sind.
- Die Landeshauptstadt Kiel ist Klimaschutzstadt und bekennt sich zu einer ZeroWaste-Strategie sowie zu einer nachhaltigen und fairen Beschaffung. Der*die Antragsteller*in bekennt sich im Rahmen der Antragstellung zu den Zielen der Zero-Waste-Strategie und zu einer nachhaltigen und fairen Beschaffung.

Weitere ÖPNV (nicht auf der Intranetseite mit angeführt)

- Einführung der E-Mobilität in den Linienbussen des ÖPNV der Landeshauptstadt Kiel: Drs. 1226/2017
- Masterplan Mobilität Drs. 0831/2017 bzw. [Masterplan Mobilität - KielRegion](#)
- Green City Plan Drs. 0716/2018
- Verkehrswende in Kiel – Planungsgrundlagen, Sachstand und weiteres Vorgehen Drs. 0285/2021
- Lärmaktionsplan aktuellste Fortschreibung 4. Stufe Drs. 0594/2025
- Sechster und damit aktuellster Regionaler Nahverkehrsplan Drs. 0768/2022
- Dritter und damit aktuellster Sachstandsbericht über die Einführung der E-Mobilität in den Linienbussen der KVG im ÖPNV der Landeshauptstadt Kiel seit 2020 und Konzeptfortschreibung 2025 – 2028 ff.: Drs. 0700/2025